

Aktuelle Aspekte und Entwicklungen des türkischen EU-Beitrittsprozesses

Cüneyt Ülsever

Das Thema dieser Veranstaltung lautet „Beziehungen Türkei – EU“. Die in dieser Hinsicht von mir beobachteten Entwicklungen möchte ich an vorderster Stelle besprechen und im Anschluss daran meine Begründungen dafür liefern. Bei einer Unterhaltung sagte mir einmal ein amerikanischer Journalist, der sehr gut Türkisch konnte und auch die Türkei sehr gut kannte: „Sie tun so, als ob Sie der EU beitreten würden, während sich Europa so verhält, als ob es die Türkei aufnehmen würde, und das wird immer so weitergehen“. Leider bin ich ab heute der gleichen Meinung wie er.

Zweitens gibt es meiner Auffassung nach einen Zusammenhang zwischen einer solchen Frage und der Frage, ob es eine türkische Außenpolitik überhaupt gibt. Ich sage ja; man kann sie als, so wie ich es verstehe, „Schlangenfisch-Politik“ (Bemerkung des Übersetzers: türk. Original „devekuşu politikası“ übersetzt „Straußvogel-Politik“; aber der Strauß im Türkischen heißt übersetzt „Kamelvogel“, deshalb musste hier ein bestehender zusammengesetzter Tiername im Deutschen Sprachgebrauch benutzt werden) bezeichnen. Warum ich diesen Begriff benutze? Nun, wenn Sie den Schlangenfisch betrachten, dann wissen Sie nicht, ob Sie eine Schlange oder einen Fisch vor sich haben; es kann beides sein. Am Morgen hat Herr Şahin bereits seine Meinung geäußert darüber, dass es sowohl Schlange als auch Fisch ist. Mit seiner Erlaubnis behaupte ich hier, dass wir in diesem Stadium der türkischen Außenpolitik weder Schlange noch Fisch vor uns haben.

Schauen wir uns die jüngste Vergangenheit an. Was ist passiert? Am 28. Februar bekamen wir eine Struktur zu Gesicht, deren Rechte usurpiert worden sind und die sich heute als Partei formiert hat. Im Rahmen erfolgter Selbstkritik hat diese Struktur von sich gegeben, dass sie sich sehr verändert habe, woran auch viele Leute glauben. Auch ich glaube seit dem genannten Tag daran. Ich sage es hier für unsere ausländischen Freunde und Kollegen, dass die bezeichnete Struktur ihre Rechte in die Hand genommen hat und deswegen gegen sie 7 Prozesse eingeleitet worden sind, bei denen eine Gefängnisstrafe von insgesamt 49 Jahren gefordert wurde. Zwei der Anklagen richteten sich direkt gegen Recep Tayyip Erdoğan und beantragten auch für ihn Gefängnisstrafen.

Zwischen 2002 und 2004 habe ich die AKP unterstützt, weil sie auf einen raschen Beitritt in die EU drängte und dies als ihr vorrangiges Ziel ansah. Aber auch Şahin Alpay hat bereits gesagt, dass mit Beginn des Jahres 2005 ein anderer Prozess begann, der dieses Land und alle seine Reformbemühungen zum Stillstand brachte. Als ich mir überlegte, warum das so war, bin ich auf eine Reihe von Antworten gestoßen, von denen eine aber eine sehr einfache Antwort ist. Meines Erachtens hat die AKP eine solche Anstrengung gezeigt, in die EU aufgenommen zu werden, weil sie sich zu jener Zeit als Gegenleistung für die gezeigten Bemühungen sowohl im Inneren als auch im Äußeren ihre Legitimität sichern wollte. Sie war gezwungen, Beweise dafür vorzulegen, dass sie sich geändert hatte und eine andere geworden war. Sofort nachdem man ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen festgelegt hatte, war die Partei überzeugt davon, dass sie nun ihre Legitimität gesichert hätte und aufgrund der Reaktionen, wie „Wo soll das alles nur hinführen!“, die von der Basis kamen, hat sie sich, wie ich es ausdrücke, ihren Binnenkunden zugewandt; seit der Zeit sind die Reformen in Vergessenheit geraten. Auch Herr Alpay hat verkündet, dass die Reformen vergessen wurden, hat dafür aber eine Reihe von Begründungen angeführt, so z.B. einen Staatsstreich. Wenn wir uns die bis heute angeführten Beweise für einen solchen Staatsstreich ansehen, dann sehen wir, dass die Aufzeichnungen für die Vorbereitung eines Militärputsches nur die Jahre 2003-2004 umfassen. Der Anführer dieses Putsches, Şener Eruygur, war nur von 2002 bis 2006 Kommandant der Gendarmerie. Das Gleiche gilt für Hurşit Tolon und Levent Ersöz. Während ich dies hier von mir gebe, möchte ich gleichzeitig folgendes sagen: Es heißt, dass ein Dokument von Şener Eruygur veröffentlicht worden ist. Aber auch die Zeitschrift Tempo hat meine Privatnummer veröffentlicht und führt mich auf einer Liste als Schädling.

Es waren da wohl Bestrebungen im Gange, die so langsam aufgeklärt werden. Aber selbst wenn man der Meinung ist, dass die Betroffenen vor Gericht gestellt werden sollen, so darf man keinesfalls vergessen, dass der Zeitraum, den die Anklage umfasst, nicht bis in die Zeit nach 2005 hineinreicht. Er umfasst die Jahre 2003-2004, als die AKP große Anstrengungen an den Tag legte, die Türkei zu einem EU-Mitglied zu machen.

Schauen wir uns nun die zweite Begründung an. Es heißt, dass Zypern keine Erlaubnis zur Durchführung von Reformen gebe und uns auf diesem Gebiet immer wieder ein Bein stelle. Schauen wir aber auf das Datum der Entscheidung zur Aufnahme Zyperns in die EU, so lautet es: 16.04.2003. Die Türkei hat sich damals unter Führung der AKP dem nicht entgegengestellt. Zypern trat offiziell am 01.05.2004 der Gemeinschaft bei; auch dagegen opponierte die Türkei nicht. Der Beschluss für einen Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurde am 17.12.2004 gefasst, also fast 1 ½ Jahre später. In dieser ganzen Zeit erging aber keine Verlautbarung, der zufolge die Häfen und Flughäfen für zypriotische Schiffe und Flugzeuge nicht geöffnet würden für den Fall, dass ein Datum für die Beitrittsverhandlungen festgesetzt wird. Ich erinnere mich, dass am 17.12.2004 bei der Rückkehr des Ministerpräsidenten, die tagsüber erfolgte, Feuerwerk entzündet wurde, was vielleicht ein erstes Mal in der Geschichte der Republik, ganz sicher aber ein erstes Mal in der Weltgeschichte der Fall war. Wir können hier also eigentlich von zwei Perioden sprechen: die eine lag vor dem Datum der Entzündung des Feuerwerks am Tage und die andere danach.

Was passierte dann? Als ob das noch nicht genügt hätte, unterzeichnete die Türkei am 29.07.2005 ein Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara aus dem Jahre 1963, in dem 10 weitere Länder, darunter auch Zypern, zusammengefasst sind und in dem es um die Anerkennung geht. Ein wichtiger Punkt dieses Protokolls ist die Bedingung, Flughäfen und Häfen jedem der genannten Länder, d.h., allen Mitgliedsländern der EU, zu öffnen. Am selben Tag noch fällt es der Regierung dann aber ein, dass sie Zypern ja gar nicht anerkannt habe. Am 22.09.2005 gibt die EU ihrem Unmut über diese Frage und dass sie dem nicht zustimme, Ausdruck. Wiederum lässt die Türkei keinen Einspruch verlauten, was am 11.12.2006 in der Aufhebung von 8 Kapiteln seitens des Allgemeinen Rates der EU resultiert. Auf dem Gipfeltreffen am 15.12.2006 wird dieser Beschluss endgültig, und es wird der Türkei eine Frist bis zum Ende des Jahres 2009 gesetzt, innerhalb der sie ihre Häfen und Flughäfen zu öffnen hat.

Die Frage, die sich uns hier aufdrängt, ist nun: Das Vorliegen von diesen oder jenen Bedingungen kann strittig sein. Worauf ich aber mit Nachdruck hinweisen möchte, ist die Tatsache, dass alle diese Bedingungen bekannt waren, und trotzdem hat die Türkei jedes Dokument unterzeichnet, und das mit größter Sorgfalt. Auf die Frage, warum sie sich so verhält, habe ich zwei Antworten zu geben:

Die eine ist, dass in der Außenpolitik der Gesellschaften in großem Maße ihre Binnenstrukturen geformt werden. Das darf man nicht übersehen. Als zweiter Faktor ergeben sich die politischen Aktivitäten der die genannten Gesellschaften steuernden Regierungen, die auf ihren eigenen philosophischen Überlegungen aufgebaut sind. Im noch verbleibenden Teil meines Vortrags möchte ich auf diese beiden

Punkte im Einzelnen eingehen. Ich möchte dabei türkischen Journalisten und Wissenschaftlern, aber besonders ausländischen Wissenschaftlern eine Empfehlung ans Herz legen: Noch bis vor kurzem war es eines unserer größten Vergnügen, in Restaurants beim Essen Diskussionen über soziologische Themen zu führen, bei denen jeder seine Ansichten über die türkische Gesellschaft zum besten gab. Aber in der letzten Zeit wurden wichtige Untersuchungen durchgeführt, denn meines Wissens gab es nach der Untersuchung von Mübeccel Kiray in den 70er Jahren keine größere Feldstudie mehr, obwohl ich mich hier gleichzeitig bei den Akademikern entschuldigen muss, denn sicher gab es solche Studien, aber sie waren nicht von allzu großem Interesse. In den letzten Jahren haben aber Binnaz Toprak, Ali Çarkoğlu und Ersin Kalyacıoğlu Untersuchungen durchgeführt; die detaillierteste Studie jedoch, die mir bis heute zu Gesicht gekommen ist, und das habe ich auch ausdrücklich geschrieben, ist die Arbeit von Tarhan Erdem mit dem Titel „Wer sind wir ? Und wer ist die türkische Nation?“ Ich möchte hier nicht auf seine Arbeit eingehen, denn er wird später selbst einen Vortrag halten, in dem er seine eigene Untersuchung sehr wahrscheinlich vorstellen wird. Ich möchte aber an dieser Stelle die letzte Arbeit von Yilmaz Esmer vorstellen, die sich mit der Frage beschäftigt, wer diese Gemeinschaft ist, die sich mit einer anderen zusammenschließt. Mich haben besonders die direkte Herangehensweise von Yilmaz Esmer sowie einige Punkte in seiner Studie interessiert, auf die ich im Folgenden näher eingehen möchte.

Als Beispiel muss ich hier wiederum auf Şahin Alpay zurückgreifen. Noch zu Beginn des Jahres 2002 waren etwa 75% der Bevölkerung für einen Beitritt zur EU. Wir wissen, dass dieser Prozentsatz jetzt auf ca. 50% gefallen ist, aber was für eine Gesellschaft haben wir in der Türkei

im Jahre 2009 vor uns, die sich mit einer anderen zusammenschließen kann? Wenn Sie die Frage stellen, wen wir uns als Nachbarn erwählen wollen, wen wir also gar nicht ausstehen können, dann antworten Ihnen 75% der türkischen Bevölkerung, dass sie mit den Nichtmuslimen nicht zusammenleben können. 72% lehnen Nachbarn ab, die Alkohol trinken, 67% unverheiratet zusammenlebende Paare, 64% sind gegen Juden, 52% gegen Christen, und 43% schließlich wollen keine amerikanischen Soldatenfamilien als Nachbarn.

Die türkische Nation sagt also, dass sie von den o.e. Gruppen und von denen, die nicht ihre Interessen teilen, niemanden als Nachbarn haben möchte. Wir wollen zwar Nachbarn mit der EU sein, aber die Antwort der türkischen Nation lautet dergestalt. Es geht aber noch weiter. Auf die Frage, ob eine Teilung des Landes bevorstehen könnte, antworten 86% mit der Überzeugung, dass die USA das türkische Territorium aufteilen könnten; für 39% ist dies sogar unumstößlich sicher. Bei der gleichen Frage bezogen auf die EU gestellt antworten 76% der Befragten, dass die EU nur dazu da sei, um die territoriale Einheit des Landes zu zerstören.

Wir wollen aber jetzt in einer solchen Gemeinschaft aufgehen. Herr Öger hat schon am Morgen gesagt, dass 62% der Befragten auf die Frage, was für sie am wichtigsten sei, die Religion genannt hätten. Religion bedeutet natürlich Islam; 16% setzten den Laizismus an die erste Stelle, und bei 13% war es die Demokratie. Aber es scheint, als ob sich die Türken selbst belügen würden, denn nur 4% der Befragten antworteten, dass für sie ein ausreichendes Einkommen das Wichtigste sei. Die Verteilung von Kohle oder Lebensmitteln wird wahrscheinlich als gottgegeben akzeptiert.

Wenn wir uns nun alles einmal im Lichte des Gesagten betrachten, dann drängt sich uns zuerst die Frage auf: Wenn die gleiche Studie in der EU durchgeführt worden wäre, dann hätte man ein anderes Ergebnis erhalten. Zwar gibt es auch dort Personen, die nicht mit Muslimen zusammenleben können, die diese oder jene Gruppe nicht mögen, aber die Resultate wären längst nicht so hoch ausgefallen. Außerdem ist in dem Fall, in dem man die Religion an die erste Stelle setzt und sie als das Wichtigste im Leben betrachtet, schon klar, dass man damit nur eine einzige Wahrheit kennt, die nur von einer einzigen Autorität ausgelegt und nicht hinterfragt werden kann: alle weiteren staatsbürgerlichen Aufgaben sind damit hinfällig. Aber nicht nur der Islam sagt das, sondern alle Religionen: sie alle beanspruchen die Wahrheit für sich und schreiben dem Menschen vor, was er zu tun und wie er sich zu verhalten hat. Dem Menschen bleibt nur die Aufgabe der rein mechanischen Ausführung dieser Pflichten.

Wie man bei solch einer Geisteshaltung einen Beitritt in die EU anstreben und sich mit den dort lebenden Menschen verbinden kann, verstehe ich nicht recht. Dies wollte ich hier hervorheben. Das zweite ist die Regierung. Gibt es Führer, die solches bewerkstelligen können? Dabei fällt uns sofort Ahmet Davutoğlu ein; ich habe ihn auf einigen Versammlungen erlebt. Nachdem ich dort Ahmet Davutoğlu gehört hatte, drängte sich mir der Eindruck auf, dass Herr Şahin von einer anderen Person sprach.

Wie sieht nun das Szenario aus? Im Rahmen der strategischen Tiefe wird jedes Problem einzeln behandelt, innerhalb seiner eigenen strategischen Realität eingehend geprüft und innerhalb dieses strategischen Rahmens einer Entscheidung zugeführt. Es wird eine Politik mit

beweglichem Zentrum gemacht, die ein problemloses Zusammenleben mit den Nachbarn vorsieht, wobei man die Stellung eines führenden Landes anstrebt. Dem gesellt sich noch der Begriff „osmanisch“ hinzu. Es fällt mir jetzt sehr schwer, darüber zu sprechen. Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich nur soviel sagen, dass mir der Begriff „osmanisch“ wie dummes Gerede vorkommt. Wie kann etwas, das einmal gelebt, dann aber zerstört worden ist, wieder ins Leben zurückgerufen werden? Die Araber z.B., die in der osmanischen Zeit daran glaubten, dass schwarzes Wasser zu nichts nütze sei, sind im Moment Eigentümer von 67% der weltweiten Erdölvorkommen. Ich glaube nicht, dass die Aufgaben so geteilt werden können, dass dem einen das Erdöl, dem anderen die Führung gehört und dass der eine im Namen des anderen spricht. Erinnern wir uns daran, dass der Staatspräsident zu einem Iranbesuch aufgebrochen war, im Verlaufe dessen er die Grüße von Amerika überbrachte, man ihm aber sogleich antwortete, dass man die Grüße wohl annehme, Amerika aber selbst kommen sollte, um zu sprechen. Auch hinsichtlich der Beziehungen zu Ägypten hatte Ägypten geäußert, dass es seine eigenen Beziehungen anknüpfen werde. Obama liebt uns sehr, aber seine Öffnung zum Islam geschieht im Moment in Ägypten. Für Saudi-Arabien gilt das Gleiche: es verfügt über 25% der Ölförderung, hat also in der Region das Sagen und kann sich erlauben, Amerika gegenüber verlauten zu lassen, dass es seiner nicht bedürfe, um irgendwelche Äußerungen zu tätigen. Es bleiben noch Hamas, Hisbollah und die verschiedensten Stämme und Gruppierungen im Irak. Das ist also die „Null-Problem“-Politik, die ich nicht verstehen kann, denn neben der Arithmetik haben wir auch etwas Algebra gelernt; wenn Sie hier den Matrix-Begriff zur Anwendung bringen, dann ergibt sich sofort, dass eine lineare

Beziehung, die die Türkei mit einem Land pflegt, nicht automatisch die gleiche lineare Beziehung zu einem anderen Land bedeutet. Im Falle des Nahen Ostens müssen wir mindestens 47 Gleichungen lösen, von denen 36 Unbekannte aufweisen, und das alles gleichzeitig. Daraus kann sich keine Null-Problemstellung ergeben. Die besten Beispiele hierfür sind Armenien und Aserbaidschan. In dem Moment, als man beschlossen hatte, die Grenzen zu Armenien zu öffnen, verschlechterten sich sofort die Beziehungen zu Aserbaidschan. Wenn man das Wort Berg-Karabach in den Mund nimmt, verschlechtern sich wiederum die Beziehungen zu Armenien. Ich wünschte, dass es einen Knecht Gottes gäbe, der beide Probleme gleichzeitig lösen könnte.

Ich laste diese Zustände natürlich auch der Regierung an. Diese Probleme, d.h., Berg-Karabach oder die Angelegenheit der Grenzöffnung, sind nicht erst seit gestern aufgetreten. Zu sagen, erst sollte das Problem mit Armenien gelöst werden, sich aber dann zu wundern, dass Aserbaidschan anderer Meinung ist, kann meiner Auffassung nach nicht als Politik bezeichnet werden.

Zum Begriff eines mobilen Zentrums möchte ich Folgendes sagen: Mein Verständnis von Außenpolitik bezieht sich auf das Wort Anker/Verankerung. Ich habe diesen Begriff zuerst benutzt, er wird inzwischen aber von vielen gebraucht. Versuchen wir, den Begriff der Außenpolitik hier etwas zu vereinfachen. Stellen Sie sich ein Meer mit einem mobilen Zentrum vor, auf dem sich ein Schiff befindet. Sie können folgende Bewegungen durchführen:

1. Sie können das Schiff stabilisieren, indem Sie sowohl vorne als auch hinten einen Anker werfen. Wenn Sie sagen, dies war die frühere Politik der Türkei, so bin ich damit einverstanden.

2. Was können Sie tun? Wenn Sie den hinteren Anker hochziehen, wird sich der vordere bewegen, aber er gerät somit ins Zentrum der Bewegung. Auch ihn hält ja etwas fest.

Wenn Sie aber auch diesen zweiten Anker heben, dann wird am nächsten Tag Ihr Schiff nicht mehr zu finden sein, weder von Ihnen noch von jemand anderem. Es ist ins Unbekannte abgeglitten. Ich befürchte nun, dass die türkische Außenpolitik keinen Punkt mehr finden wird, an dem sie sich festhalten kann, und somit auf kein Ziel mehr hinsteuert. Ich jedenfalls sehe keins mehr; wenn jemand aber anderer Meinung ist, so möge er das sagen.

Einen Tag hier, den anderen dort. An einem Tag Armenien, am nächsten Aserbaidschan. Vielleicht auch noch an einem Tag Georgien und am nächsten Tag Russland. Einmal stehen wir mit dem Iran sehr gut, aber wir haben ein Nuklearproblem. Damit ich das Ganze verstehen kann, müssen mir konkrete Ergebnisse vorliegen. Zum Beispiel tritt die Türkei auf den Plan und sagt: Bei diesem und jenem Thema können sich die USA und Israel nicht verstehen. Was ist das Thema? Zum Beispiel ein unabhängiger Staat der Palästinenser, weil Israel der Meinung ist, dass in dem Moment, in dem ein unabhängiger Palästinenserstaat gegründet werden würde, er unter die Kontrolle der Hamas geraten würde, die wiederum die Befehle Irans ausführt. Die Hisbollah und die schiitischen Kräfte im Irak lehnen ihre Beteiligung ab, solange die anstehenden Probleme nicht gelöst werden, weil sie befürchten, dann erst recht unter iranische Oberhoheit zu geraten. Obama hatte als Antwort darauf gegeben, dass man Geduld haben und warten müsse. Das Gleiche wiederholte er heute Morgen: man müsse erst einmal sechs Monate abwarten. Wenn es der Türkei nun

innerhalb dieser sechs Monate gelingen könnte, Hamas und Hisbollah dazu zu bewegen, die iranische Politik nicht mehr zu verfolgen, dann werde ich ihr applaudieren und sie für immer in Ehren halten. Aber ist so etwas überhaupt vorstellbar?

Was wird also sein? Am 9. Mai hat Davutoğlu eine sehr inhaltsschwere Rede gehalten, die ich leider nicht lesen konnte. Aber nur noch bis Ende dieses Jahres glaube ich an die Ehrlichkeit von Davutoğlu in Bezug auf die EU-Angelegenheit. Es existiert ein Abkommen und damit eine Verpflichtung, die besagt, dass ich meine Häfen und Flughäfen auch für Südzypem öffnen muss. Sollte aber Davutoğlu eine von der bisherigen Politik tatsächlich eigene Politik verfolgen, also eine unabhängige, mehrzentrierte und aktive Politik, die das bisherige Gleichgewicht der Türkei hinter sich lässt, dann muss er dieses Vorhaben auch von Anfang bis Ende durchführen können. Ich werde noch bis zum Jahresende warten. Wenn wir dann die Häfen und Flughäfen immer noch nicht öffnen sollten und uns die EU deswegen noch immer keine rote Karte zeigt, dann werde ich so langsam davon überzeugt sein, dass mein amerikanischer Freund im Recht war: Wir tun so, als ob wir aufgenommen würden, und sie tun so, als ob sie uns aufnehmen wollten.

Zum Schluss möchte ich Ihnen mitteilen, was meine Erwartungen an die türkische Außenpolitik für die nächste Zukunft sind. Ich glaube, dass die Türkei in den nächsten 1-2 Jahren zu ihrer alten, eindimensionalen Politik zurückkehren wird. Wie diese aussieht? Nun, sie wird eine im Ganzen auf die Befreiung des Nordirak ausgerichtete Politik sein. Die USA sagen zwar, dass sie sich aus dem Irak zurückziehen werden, aber sie haben keine strategischen Pläne. Der US-Präsident

hat geäußert, dass Amerika sich spätestens im Jahre 2012 zurückziehen werde, worauf ihm der Generalstabschef antwortete, dass dies nicht möglich sei. Diesbezüglich gibt es noch keine ernst zu nehmenden Überlegungen.

Es ist aber offensichtlich, dass die USA den Krieg gewonnen haben, d.h., unter der Bedingung, dass sie die dortige Kontrolle nicht aus der Hand geben, ihren Abzug planen, wobei sie die Zentralregierung des Irak dem eigenen Volk überlassen und den Nordirak in wirtschaftlicher, strategischer und militärischer Hinsicht dem Schutz der Türkei anvertrauen wollen. Als ein positiver Schritt ist die allmählich wieder in Gang geratene Erdölförderung zu betrachten. Staatspräsident Gül hat von einer historischen Gelegenheit gesprochen, die sich zum ersten Mal darbiete, weil die türkischen Streitkräfte bis jetzt stets die Friedensbemühungen der Regierung sabotierte und Widerstand leistete, nun aber ihren Widerstand aufgegeben habe. Hinsichtlich des Irak sind sie gleicher Meinung, ich erwarte aber noch etwas anderes, nämlich die PKK. Was sagt die PKK hierzu? Die erste Vermutung ist, dass in dem Fall, in dem Amerika sein Veto einlegt, die PKK diese Angelegenheit aufgeben wird. Die zweite Vermutung besagt, dass der Staatspräsident zu Verhandlungen bereit ist. Die dritte könnte sein, dass bereits ein Abkommen mit der PKK erzielt worden ist. Wenn wir uns die Hinweise darauf einmal genauer anschauen, dann sehe ich allerdings nur zwei. Einer ist das historisch bedeutsame Interview mit Hasan Cemal Murat Karayılan, den wir als eine große Veränderung angesehen hatten. In diesem Interview hat er aber nichts Neues von sich gegeben. Ich habe das mit den entsprechenden Daten geschrieben. Er hat nichts Neues gesagt, sondern nur den Wunsch nach einer Föderation zum Ausdruck gebracht, dem er allerdings etwas andere Namen verliehen hat.

Wenn wir auf der anderen Seite Hinweise darauf zu finden hoffen, ob uns die USA wohl behilflich sein werden und die Berichte des Kongresses daraufhin in die Hand nehmen, dann lesen wir Überlegungen dergestalt, dass man in Bezug auf die PKK etwas tun müsse, solche Eingriffe aber keine militärischen Dimensionen annehmen sollten. Bei einem militärischen Eingriff wären Verluste für die Amerikaner bei ihrem Rückzug zu erwarten, und die Kurden des Nordirak könnten die Türkei noch mehr verabscheuen. Von Anfang an bin ich deswegen der Meinung gewesen, dass die Türkei in den vor uns liegenden 1? Jahren gute Beziehungen zum Nordirak anknüpfen muss. Wie man einen Ausweg daraus finden kann, weiß ich nicht, aber mir scheint es, als ob sich diese mehrschichtige Politik, von der wir hier die ganze Zeit gesprochen haben, im Lichte der Gewohnheiten beim Zusammengehen mit den USA wieder zu einer eindimensionalen Politik umkehren wird, von der nur im Nahen Osten und im Irak etwas abgewichen werden kann. Ich vermute, dass sich diese Politik über dem Dreieck Nordirak-Ostanatolien-Anatolien fortentwickeln wird.